

(Finanzminister Nisfche.)

(A) 208 Millionen. Dazu kommen die Kalkwerke, die Domänen, so daß sich die schon genannte Gesamtsumme des staatlichen Grundeigentums von 1748 Millionen ergibt. Das ist der Bestand zu Ende des Jahres 1917. Seit dieser Zeit hat sich insbesondere durch den Ankauf weiterer Kohlenfelder das Grundeigentum des Staates weiter vermehrt.

Es ergibt sich aus alledem, daß schon allein durch den Wert des Grundeigentums des Staates die Staatsschulden um 635 Millionen überdeckt sind. Dazu kommt noch das Betriebskapital der Staatsbetriebe, das bei der Eisenbahn allein, soweit der Wagenpark in Betracht kommt, 257000590 M. beträgt, das infolge der Steigerung der Materialpreise und der Verteuerung im allgemeinen viel höher sein wird. Dazu kommen ferner die Vorräte in den Staatsbetrieben, die mit 7686000 M. veranschlagt sind.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß sich die staatlichen Kassenbestände bis 1917 infolge der Einwirkungen des Krieges um 55 Millionen verringert haben und daß ferner bei den Barschaften, Wertpapieren, Einnahmen- und Ausgabenrest usw. des Staates 1917 ein Minderertrag von 87183000 M. festgestellt worden ist.

Immerhin beziffert sich das reine Staatsvermögen nach Abzug der Schulden 1917 noch auf 1031343000 M. Seitdem hat sich manches geändert, aber man kann kaum (B) annehmen, daß es zuungunsten des Staatsvermögens geschehen ist. Insbesondere ist das Staatsvermögen zum Teil in Anspruch genommen, aber auch durch Ankäufe vermehrt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den Schulden sehr wohl die Ausgaben für diese Käufe der Kohlenfelder bereits eingestellt sind, daß aber das Vermögensverzeichnis von 1917 die neuerrichteten Kohlenfelder noch nicht enthält. Aus alledem ergibt sich, daß die Finanzlage, insbesondere der Vermögensbestand des sächsischen Staates, gegenwärtig noch so ist, daß die Befürchtungen wegen eines bevorstehenden Zusammenbruchs in keiner Weise berechtigt sind.

Freilich muß ich noch einmal betonen, daß uns die Aufgabe, die Deckung der stark gestiegenen Ausgaben zu schaffen, Anlaß zu ernster Besorgnis gibt. Das wird schon der in den nächsten Tagen erscheinende Nachtragsetat zeigen. Obwohl wir dabei die schon vom Herrn Arbeitsminister erwähnten Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 60 Millionen, die Beihilfen für den Kleinwohnungsbau und andere Ausgaben dieser Art in den außerordentlichen Etat gestellt haben, obwohl wir ferner damit rechnen, daß durch Erhöhung der Einnahmen und der Grund- und der Vermögenssteuer ein Mehrertrag von 100 Millionen erzielt wird, wird es doch nicht möglich sein, den Nachtragsetat zu balancieren.

(1 Abonnement.)

Es wird ein erheblicher Rest bleiben, für den keine Deckung (C) vorhanden ist. Das sind keineswegs erfreuliche Aussichten.

Wir müssen ferner beachten, daß auch in nächster Zeit und in den folgenden Jahren noch keine Aussicht auf Besserung vorhanden ist, im Gegenteil müssen wir damit rechnen, daß die hohen Ausgaben, insbesondere die Teuerungszulagen, die es uns schwierig machen, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, nicht nur anhalten, sondern noch wachsen werden und daß andererseits mit einem Rückgange der Einnahmen aus den Staatsbetrieben zu rechnen ist. Der Rückgang der Einnahmen aus den Staatsbetrieben ist jetzt schon ein erheblicher, so daß nicht mehr viel von den Staatsbetrieben zu erwarten ist, ganz abgesehen von den Staatsbahnen, die uns vollständig im Stiche gelassen haben.

Auch der Ertrag der Forsten ist zurückgegangen; obwohl die Holzpreise gestiegen sind, sind die Ausgaben mehr gestiegen als die Einnahmen. Es läßt sich gegenwärtig noch nicht genau sagen, wie hoch die Einnahmen aus den Staatsbetrieben für 1918 sein werden. Die Tatsache gibt einen Anhalt dafür, daß seither für unsere Staatsbetriebe ausschließlich der Staatseisenbahn an Überschüssen bei der Staatshauptkasse eingeliefert worden sind 179100000 Mark, an Zuschüssen gefordert sind 174000470 Mark. Das wäre ein Betriebsgewinn von nur viereinhalb Millionen, der vollständig verschwindet, wenn (D) wir uns vergegenwärtigen, daß die nicht berücksichtigten Staatseisenbahnen einen Fehlbetrag von 70 Millionen im Jahre 1918 gezeitigt haben. Sind schon diese Ausgabenvermehrungen und verminderten Einnahmen des Staates Anlaß genug, unsere Finanzlage mit dem nötigen Ernst zu betrachten, so ist doch die bedenklichste Seite die, daß das Reich Wiene macht, unsere Steuerquellen selbst in Anspruch zu nehmen. Das ist die größte Gefahr. Wenn das geschieht, würden wir kaum daran denken können, unsere Ausgaben ferner selbständig zu bestreiten. Dann würde aber — ich will nicht weiter darauf eingehen — in erster Linie für das Reich die Pflicht erwachsen, dem Staate Sachsen insbesondere die Hilfe angedeihen zu lassen, die er braucht, um seine Ausgaben, insbesondere die sozialer Art, erfüllen zu können.

Die geschilderte Finanzlage hat das Finanzministerium veranlaßt, darauf zu sehen, daß bei aller Dringlichkeit der Aufgabe, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, doch keine Bauten ausgeführt werden, die infolge der veränderten Verhältnisse, die durch den Krieg eingetreten sind, nicht mehr nötig erschienen, oder Bauten, die voraussichtlich überhaupt nicht mehr gebraucht werden. Es war auch zu berücksichtigen, daß solche Bauten ebenfalls dreimal so teuer werden, als sie veranschlagt worden sind. Unter

13